

„Gemeinsam in Schwung kommen“ – Zukunft der Kitas in Schramberg

David Kuhner (dk)

12. Oktober 2024



In der Talstadt werden mit dem Neubau des Don-Bosco-Kindergartens bald neue KiTa-Plätze zur Verfügung stehen. Bereits in Betrieb gegangen ist die Kindertagesstätte W-Ki in Waldmössingen. Hierzu und zu zwei weiteren Kita-Themen informierte Kerstin Flaig, die bei der Stadtverwaltung für Schulen und Kindertagesstätten zuständig ist, den Verwaltungsausschuss.

Schramberg. Bei der neuen Kita W-Ki in Waldmössingen möchte Dunningen Krippenplätze belegen. Dafür hat die Stadt einen Entwurf für eine öffentlich-rechtliche **Vereinbarung zu einer Aufgabenübertragung** ausgearbeitet und dem Regierungspräsidium Freiburg vorgelegt.

Da es sich dabei jedoch nur um einen öffentlich-rechtlichen **Vertrag zum Kostenausgleich** handle, sei die Genehmigung durch das Regierungspräsidium nicht erforderlich.

Der W-Ki Waldmössingen verfüge derzeit über drei Gruppen, zwei Krippen mit je zehn Kindern und eine Kindergartengruppe mit 20 Kindern. Eine vierte Gruppe könnte bei Bedarf eingerichtet werden.

Dunningen will Krippenplätze in W-Ki Waldmössingen nutzen

Im Vertrag sind für Dunningen „zehn Krippenplätze in die Bedarfsplanung aufgenommen“, die bei Bedarf an Schramberg abgegeben werden können. Sollte die Gemeinde Dunningen mehr Krippenplätze benötigen, kann sie diese gegen eine entsprechende Kostenbeteiligung beantragen, wie es im Vertragsentwurf heißt. Zudem beteilige sich Dunningen an den entstehenden Kosten und Ausgaben der KiTa in Waldmössingen.

Die Vertragspartner haben „den Vertrag auf 25 Jahre festgelegt“, so Flaig weiter. Gleichzeitig tagte auch ein Gremium in Dunningen, um über das Thema zu sprechen. Bald stehe ein Besuch mit Vertretern aus Schramberg in der Nachbargemeinde an.

Jürgen Reuter von den Aktiven Bürgern fragte, ob die Stadt „noch Bedarf an Kita-Plätzen“ hat, der nicht gedeckt ist+. Dies konnte Flaig mit einem „ja“ für die Talstadt und einem „nein“ für Waldmössingen beantworten. Das verwunderte Reuter, da die Stadt dann Plätze abgebe, die sie doch selbst brauche.

Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr betonte, dass es vor allem um die Nähe zum Wohnort gehe und Kita-Plätze in den einzelnen Stadtteilen weniger an Kinder aus anderen Stadtteilen vergeben würden. Somit stehe Schramberg „rein rechnerisch gut“ da. Der Verwaltungsausschuss empfahl dem Gemeinderat einstimmig, dem Vertrag mit Dunningen zuzustimmen.



Das neue W-Ki- Gebäude im Waldmössinger Industriegebiet Webertal. Foto: pm

Fortbildung wichtig

Ein weiterer Tagesordnungspunkt befasste sich mit der Organisationsberatung der Schramberger Kindertageseinrichtungen. Hierbei geht es um das Projekt „Gemeinsam in Schwung kommen“, das am 13. September des vergangenen Jahres mit einer Auftaktveranstaltung begonnen hat. Die Umsetzung oblag der externen Beraterin Heike Akli und stand unter der pädagogischen Gesamtleitung von Sabrina Stoll, die den Verwaltungsausschuss über das Projekt informierte.

Kerstin Flaig erklärte zunächst, dass die Erstberatungen für die Einrichtungen verpflichtend waren. Die einzelnen Kitas konnten dann entscheiden, ob sie Folgeberatungen in Anspruch nehmen.

Insgesamt fanden mehr als 60 individuelle Beratungen statt, wie Sabrina Stoll berichtete. Dort standen Themen wie der Umgang mit schwierigen Situationen in der Führungsebene, Selbstführung und Reflexion der Führungsrolle, Wertezusammenarbeit und Kommunikation, Selbst- und Zeitmanagement oder der Umgang mit Stress und Erschöpfung auf dem Programm.

Viele Ideen mitgenommen

Bei drei Leitungsworkshops habe man sich „intensiv mit diesen Themen beschäftigt“, so Stoll. Bei diesen Workshops hätten die Teilnehmenden zahlreiche „Ideen mitgenommen“ und „Umsetzungsmöglichkeiten entdeckt.“ Das Feedback sei fast durchweg positiv ausgefallen, es habe nur wenige kritische Stimmen gegeben.

Zudem war der Wunsch nach Fortführung erkennbar. Daher habe sich ein Experten- und Expertinnen-Netzwerk gebildet, um die Leitungen und Mitarbeitenden besser zu vernetzen und zu unterstützen.

Nach dem Abschluss am 30. Juli dieses Jahres hat die Stadtverwaltung daher Mittel zur Verfügung gestellt, um fünf online Fortbildungen à zwei Stunden sowie eine Leitungstagung und einen Inhouse-Tag für jede Kita anzubieten.

Stoll konnte noch von einer „Arbeitsgruppe kreativ“ berichten, die in diesem Rahmen ebenfalls entstand. Es sei wichtig, die Kompetenzen zu bündeln.

Oberbürgermeisterin Eisenlohr erklärte, sie unterstütze das Projekt, denn Fachkräfte – gerade in diesem Bereich – seien wichtig für die Stadt. Der Verwaltungsausschuss nahm den Bericht daraufhin zur Kenntnis.

Kindergartenkuratorium bekommt Geschäftsordnung – später

Beim dritten Punkt zum Thema Kindergärten ging es um die Verabschiedung einer Geschäftsordnung für das Kindergartenkuratorium. Dieses Gremium entstand im März 2016, um die Qualitätssicherung der Kindergärten besser zu gewährleisten.

Eine Geschäftsordnung gab es bisher nicht. Das sollte nun nachgeholt werden. Oberbürgermeisterin Eisenlohr betonte zuvor nochmals, dass es sich bei dem Kindergartenkuratorium um „ein beratendes Gremium des Gemeinderats“ handle.

Stadtrat Thomas Brantner (CDU) bat um eine Verschiebung des Beschlusses und wies mit einigen „Denkanstößen“ auf einzelne Mängel und Ungenauigkeiten der vorliegenden Geschäftsordnung hin. Unter anderem seien nicht mehr zwei, sondern drei städtische Vertreter in dem Gremium vorhanden. Außerdem sollte die darin aufgeführte Verschwiegenheit konkretisiert werden, da unklar ist, ob andere Fraktionsmitglieder informiert werden dürfen.

Weiterhin sei ihm ein Fehler bei der Durchnummerierung aufgefallen: auf Paragraphen neun folge unmittelbar Paragraph elf, so Brantner. Diese Punkte nahm die Stadtverwaltung zur Kenntnis.

Jürgen Reuter von den Aktiven Bürgern störte sich an der Formulierung über die Fraktionen, von denen Brantner gesprochen hatte. Mit nur zwei Vertretern haben die Aktiven Bürger keinen Fraktionsstatus mehr. Würden nur die Fraktionen beteiligt, würde er nicht informiert werden. Hier lenkte Brantner ein: Der gesamte Gemeinderat sollte berücksichtigt werden, indem die Teilnahme an den Sitzungen möglich sei.

Udo Neudeck von der Freien/Neuen Liste wunderte sich über die Zusammensetzung mit Vertretern aus drei katholischen und zwei evangelischen Trägern. Dies liege an der Zahl der Einrichtungen, wie Kerstin Flaig aufklärte.

Zum Schluss beschloss der Ausschuss auf Antrag der CDU bei einer Enthaltung, den Beschluss über die Geschäftsordnung noch einmal zu vertagen.